

Um das Tanagerstatut.

Italien gibt seine Ansprüche nicht auf. Die italienische Presse ist wegen der Ausdehnung von dem Tanagerabkommen immer noch nicht beruhigt. Senatspräsident Tittoni erklärte in der Presse eine Erklärung wonach er bestreitet, daß Italien im Jahre 1912 zwar sein Desinteressement an Marokko proklamiert habe, daß aber in dem Begriff „Marokko“ Tanager nicht eingeschlossen wäre. Die Rechte Italiens an Tanager seien also keineswegs erloschen, sondern im Gegenteil fester begründet.

Spanien will das Abkommen noch prüfen.

Das Direktorium in Madrid veröffentlicht eine offizielle Note über das neue Tanagerstatut. Es wird darauf hingewiesen, daß die unter ausdrücklichem Vorbehalt gegebene Unterschrift der spanischen Delegation der Regierung volle Freiheit lasse, das Abkommen zu prüfen und sich über das Einverständnis schlüssig zu werden. Es seien Schritte vorgesehen, um die historischen Ansprüche Spaniens zu sichern.

Die neue polnische Regierung.

Das Kabinett Grabki, ist jetzt endlich nach tagelangen Verhandlungen zustande gekommen in der Form eines Ministeriums, das lediglich einen einzigen Punkt auf seinem Programm hat, nämlich die Sanierung der polnischen Finanzwirtschaft.

Wenn Herr Grabki mit der Ankündigung dieses kurzen, aber inhaltreichen Programms vor das Parlament treten wird, dann wird er sicher Beifall aus allen Lagern finden. Aber ob der Beifall anhalten wird, wenn er erst mit den Einzelheiten seiner Finanzreform kommen wird, das ist mehr als zweifelhaft. Die wirtschaftlichen Gegensätze in Polen sind nicht minder stark als anderswo und können deshalb leicht die Haltung der Volkswirtschaft und damit das Schicksal der Regierung beeinflussen, weil der Staat an einer Ueberfülle von Parteien leidet, die sich zum größten Teile wirtschaftlichen Interessen verschrieben haben.

Um die Anerkennung Sowjetrußlands durch England.

„Standard“ erzählt, infolge des englischen Wahlausfalles sei die baldige Aufnahme voller wirtschaftlicher Beziehungen mit Rußland zu erwarten. Die Arbeiterpartei habe bereits alle Vorbereitungen getroffen um sofort nach der Regierungsübernahme die nötigen Schritte zu unternehmen. Im neuen Unterhause werde eine Mehrheit für die Anerkennung der Sowjetregierung vorhanden sein. Die Verhandlungen seien bereits im Gange und sollen sofort nach dem Sturz der konservativen Regierung zum Abschluß gebracht werden. Die Sowjetregierung sei bereit, die Kriegsschulden anzuerkennen.

Nach Meldungen, die von anderer Seite aus London kommen, soll die russische Regierung bereits mit der englischen Arbeiterpartei in Verhandlungen eingetreten sein, die die möglichst baldige Anerkennung der Sowjetregierung für den Fall der Uebernahme der Regierungsgewalt durch die Arbeiterpartei bezwecken.

„Daily Telegraph“ sagt in einem Leitartikel, die Anerkennung der Sowjetregierung sei keineswegs eine einfache Frage. So lange die Bolschewisten in Rußland die Autorität in den Händen hätten, seien sie unermüdbare und rücksichtslose Feinde jeder Regierung, die von ihren unsinnigen Doktrinen nichts wissen wolle. Dem diplomatischen Berichterstatter der „Daily News“ erklärte das Parlamentmitglied Owen Quest, die Arbeiterpartei sei zur Anerkennung der Sowjetregierung verpflichtet; sie beschlichte, diese Aufgabe sobald durchzuführen, als sie dazu Gelegenheit findet. Rußland sei bereit, in Großbritannien Aufträge in Höhe von 40 Millionen Pfund Sterling unterzubringen.

Kleine politische Meldungen.

Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage. Nach dem Monatsbericht des Reichsarbeitsblattes vom 11. Dezember war zu Ende November und in den ersten Tagen des Dezember hier und da eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Niederganges zu erkennen. Zwar nahm die Zahl der Arbeitslosen noch weiter zu, aber dies war mehr als Folge der Wirtschaftslage in dem vergangenen Zeitraum zu bewerten und nicht so sehr als Kennzeichen der gegen-

wärtigen Wirtschaftsentwicklung. Diese wird vielmehr gekennzeichnet durch eine leichte Belebung im Umfang von Aufträgen, die sich, wenn auch nur teilweise, bereits im Beschäftigungsgrad der Betriebe, in dem verminderten Maß der Kurzarbeit und in einer etwas vermehrten Nachfrage nach Arbeitskräften auswirkte. Allerdings sind diese Zeichen einer günstigeren Entwicklung nur für einzelne Gegenden und für einzelne Berufszweige feststellbar. Soweit demnach eine Besserung der Wirtschaftslage hervortrat, ist sie naturgemäß mit Beeinträchtigung von dem bevorstehenden Weihnachtseffekt, wenn auch die verminderte Kaufkraft der Bevölkerung hier eine Grenze setzt. Wichtiger ist der Einfluß der Stabilisierung der Wark im Zusammenhang mit der Herausgabe der Rentenmark. Das Vertrauen, das die neue Währungspolitik in der Bevölkerung gefunden hat, muß sich früher oder später auch in der Wirtschaft widerspiegeln. Es hat bereits in gewissem Umfang zu einem Abbau der Restlosgeschäfte des Handels wie der Produktion geführt und schließt eine Ermutigung zur Produktion überhaupt in sich. Im besetzten Gebiet lag die Wirtschaft auch in der zweiten Novemberhälfte meist noch still. Welche Wirkungen sich dort für das Wirtschaftsleben aus dem Abschluß der Verträge der Industrie mit den Besatzungsmächten ergeben werden bleibt abzuwarten. Eine Belebung des Arbeitsmarktes in nächster Zeit steht aber wohl zu erhoffen, wenn die hierfür in den Verträgen gebrachten außerordentlichen Opfer nicht vergeblich sein sollen.

Die Berliner Sowjetfiliale. Die Reichsregierung hat bei der Sowjetregierung scharfen Einspruch erhoben gegen die aktive Teilnahme der amtlichen Sowjetvertreter an den verbotenen Versammlungen der kommunistischen Partei. Bei der Aufforderung einer Tagung der revolutionären Betriebsräte waren wieder 5 diplomatische Mitglieder der Sowjetlegation anwesend, die Gelbtauschungen vornahmen, aber auf Grund ihrer Exterritorialität nicht verhaftet werden konnten.

Verringerung der bayerischen Ministerien. Der vom bayerischen Landtag beschlossene Aufhebung von drei Ministerien zufolge wird das Handels-, Sozial- und Landwirtschaftsministerium zur Auflösung kommen. Das Handelsministerium wird, wie schon früher, mit dem Ministerium des Innern, Sozial- und Landwirtschaftsministerium mit dem Ministerium des Innern vereinigt werden. Bayern wird damit immerhin noch fünf Ministerien besitzen.

Währungsfrage. Einheitsliste in Thüringen? Auf einer Konferenz der vier nichtsozialistischen Parteien Thüringens, der wichtigsten Verbände der Wirtschaft und der Industrie, und der vaterländischen Verbände in Weimar herrschte ziemlich Uebereinstimmung darüber, daß das Ziel der Beseitigung der sozialistisch-kommunistischen Mehrheit die Aufstellung einer gemeinsamen nichtsozialistischen Liste erforderlich macht.

Annahme der Ermächtigungen in Württemberg. Der Landtag hat das Ermächtigungsgesetz mit 88 gegen 24 Stimmen, also mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen. Damit ist die Gefahr einer Regierungskrise beseitigt.

Sepp Derters Immunität aufgehoben. Der Landtagsabgeordnete Sepp Derters, der ehemalige braunschweigische Ministerpräsident, wurde durch Beschluß des Landtags seiner Abgeordnetenummunität enthoben. Die Folge dieses Beschlusses wird zunächst sein, daß Derters der Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft freigegeben wird. Derters hat noch eine viermonatige Gefängnisstrafe zu verbüßen, die ihm aus Anlaß einer Bestechungsaffäre zurzeit seiner Ministerpräsidentenschaft auferlegt wurde.

Festgesetzte Jungkommunisten. In Altona sind 25 jüngere Leute festgenommen worden, die ungeduldet des vom Reichsarbeitsblattes erlassenen Verbotes der kommunistischen Partei bezog. Der kommunistischen Jugend weiter im Interesse dieser Partei arbeiteten. Ihre Hauptbetätigung bestand darin, „fliegende Kolonnen“ zu bilden, die sich mit dem Ankleben und der Verbreitung kommunistischer Beschristen befaßten. Die betreffenden Beschriste wurden in Versammlungen, die weder anzurecht noch genehmigt waren, gefaßt. Die Festgenommenen sind dem außerordentlichen Verdict des Reichs in Hamburg überwiesen worden.

Kapital und Arbeit in Italien. In Rom fand unter dem Vorsitz Mussolinis eine gemeinschaftliche Sitzung des allgemeinen Arbeiterverbandes, faschistischer Verbände und des allgemeinen Industriellenverbandes statt, wo völlige Einigkeit erzielt wurde. Kapital und Arbeit wollen rücksichtslos zusammenarbeiten. In den Blättern wird betont, von welcher Be-

deutung die Verödung der beiden Scheindar ganz unbedingten Anlaß für Italien sein müsse.

Woblasten Rumänien? Einer Korrespondenz zufolge rufen die rumänischen Generalkonsulate in Berlin und Hamburg die Angehörigen verschiedener Jahresklassen zur Einrückung in ihre Heimatgarnisonen für 2. Januar auf. (Diese Maßnahme dürfte offenbar mit den Vorgängen in Griechenland zusammenhängen).

Ein spanisches Dekret. Ein Dekret des Königs erneuert die Befugnisse des Direktoriums und verfügt eine Reorganisation, wonach für jedes Ministerium ein Staatssekretariat geschaffen werden soll, dessen Inhaber an den Beratungen des Direktoriums teilnehmen soll. Generäle haben den Vortritt.

England und Afghanistan. Die „Daily News“ teilen mit, wenn nicht vom Emir von Afghanistan Genehmigung für die Ermordung britischer Offiziere und ihrer Frauen durch Auslieferung oder Aburteilung der Mörder gegeben werde, würden die diplomatischen Beziehungen zu Afghanistan abgebrochen werden. Auf die Klüßelbrüderung der englischen Frauen aus Kabul nach englischen Gebieten würde dann die Abberufung des britischen Vertreters in Kabul und die Schließung des Pachtar-Passes gegen jeglichen Handel mit Afghanistan folgen.

Von Stadt und Land.

aus, 22. Dezember.

Gefahr gegen Aufhebung des Ausnahmezustandes in Sachsen. Der Reichswehrminister ist von einer kurzen Reise nach Sachsen wieder in Berlin eingetroffen. Er hat aus Dresden den Eindruck mitgebracht, daß die Absicht, den Ausnahmezustand aufzuheben, zurzeit noch nicht verwirklicht werden kann, daß vielmehr sein Fortbestehen gegenwärtig notwendig erscheint. (WAB.)

Nachprüfung der Waffenscheine. Vom Wehrfreikommando sind die Vorschriften des Ministeriums des Innern über Einforderung der bisher ausgestellt gewesenen Waffenscheine oder Waffenscheine und ihrer Beschlagsnahme von Waffen einer Nachprüfung unterzogen worden. Die rechtliche Zulässigkeit des Vorgehens des Ministeriums und seiner nachgeordneten Stellen ist nicht frei von Zweifeln. Sicher sind durch die Durchführung der Verordnung, wie die große Zahl eingegangener Gesuche erkennen läßt, Gefahren und Nachteile für Personen entstanden, die nicht beabsichtigt gewesen sein können. Das Wehrfreikommando hat daher die Reichshauptmannschaften angewiesen, alle Fälle, in denen Waffenscheine oder Waffenscheine entzogen, Waffen beschlagsnahmt oder Gesuche um Waffenscheine oder Waffenscheine abgelehnt worden sind, einer Nachprüfung zu unterziehen und ausgleichend zu wirken. Anträge sind an die Reichshauptmannschaften zu richten. Beschwerden gegen deren Entscheidung erledigt das Wehrfreikommando.

Aufhebung der Reichsmittel für Sächsischen Landeskirche. Bis Ende November hat die sächsische Landeskirche als Zuschuß zum Bewohnungsaufwand noch Darlehen aus Reichsmitteln aufgenommen, die nach einer neuen Verfügung der Reichsregierung vom 1. November ab wertlos und zurückgezahlt werden sollen. Seit 1. Dezember gewährt das Reich nach Paragraph 80 des Finanzausgleichsgesetzes Zuschüsse, die aber nicht in der erwarteten Höhe von 75 Prozent, sondern zunächst nur im Betrag von 50 Prozent bewilligt worden sind. Die Finanzlage des Reiches hat befürwortet auch zum Abbau der Zuschüsse für Länder und Gemeinden genötigt, so daß auch die Zuwendungen an die Religionsgemeinschaften gekürzt werden mußten. Voraussetzungen werden vom 1. Januar ab nur noch 20 Prozent bewilligt und möglichst bald die Zuwendungen ganz eingestellt. Als in der Zeit der raschen Geldentwertung die Steuerquellen der Landeskirche völlig versiegen, schien der Anschluß an die Rentenpresse des Reiches die einzige wirksame Hilfe. Nachdem nunmehr die Rentenpresse stillgelegt worden ist, sind die Mittel des Reiches so beschränkt, daß die Hilfe nicht mehr in dem früheren Umfang geleistet werden kann. Immerhin ist es gelungen, Paragraph 80 des Finanzausgleichsgesetzes als Grundlage für die Beihilfen an die Kirche noch zu behaupten, während Paragraph 81, nach dem Körperschaften für öffentliche Wohlfahrtszwecke und Bildungswesen unterstützt werden sollen, nach Ansicht des Reichsfinanzministeriums ganz fallen soll. Wenn es dem Reich gelingt, durch seine harten Sparmaßnahmen die Währungsstabilität zu gewährleisten, so würde damit auch der Kirche eine wesentliche Hilfe geleistet sein. Die Kirchensteuer könnte dann so geregelt werden, daß die Kirche ihren Bedarf im Wesentlichen aus eigenen Mitteln decken könnte.

Das kluge Schneiderlein.

Schwanz von Ludwig Kurbacher.

Ludwig Kurbacher ist 1784 geboren und 1847 in München gestorben, war Professor der Rechtswissenschaft im Münchener Rabattenhaus gewesen.

Es saßen eines Tages im Wirtshaus zum goldenen Kreuz etliche Handwerksburschen an einem Tische und redeten lustig zusammen. Da kam auch ein Schneiderlein in die Reststube, denn man sah an ihm, daß er kein Handwerker nicht leidenschaftlich treibe, denn er hatte einen alten abgeschabten Rock an, welchen er wohl auf einem Tanteilmarkt gekauft haben mochte, und die übrige Kleidung sah auch ganz gut dazu. Der setzte sich ohne Umstände an den Tisch zu den Gesellen, und er langte seinen Beutel heraus und verlangte von der Kassierin um das Geld, das er drinnen hatte, eins Maß Bier und zwei Kreuzer Brot; tut sehr Kreuzer.

Die Burschen saßen sich einander an, als wollten sie sagen: Der sieht uns nicht an, und wir wollen ihn vom Tisch vertreiben. Sie verabredeten sich und schlupen vor: sie wollten sich der Reize nach Mittel aufgeben, und wessen Mittel errotet würde, der müsse einen Zwanziger geben; wessen Mittel aber nicht errotet würde, dem solle das eingelegte Geld zu. Und sagten sie, wer nicht daran teilnehme, der sei nicht ihr guter Kamerad und müsse vom Festisch weg. Die Schelme dachten, das Schneiderlein, in dessen Beutel es ganz hell sei, werde sich sonst auf und davon machen. Der aber sagte: Mir auch recht, und tat mit einem guten Schluß den Kameraden beschreiben.

Der Bruder Danziger nahm zuerst das Wort und sagte: Bruder Wiener, wieviel Wege gehen von anderen Orten nach Wien? Der Wiener antwortete: Keiner, denn alle Wege müß-

ten selber gehen, reiten oder fahren. Jener mußte einen Zwanziger in die Büchse legen. Nun fragte der Bruder Wiener den Bruder Danziger: Wenn man zu Danzig durch das Dillwaer Tor hinausgeht, was ist an der rechten Hand? Der Bruder Danziger sagte: er wisse das nicht, weil er nie zu jenem Tor hinausgekommen sei. Da sagte das Schneiderlein: Die fünf Finger sind an der rechten Hand, und der Wiener mußte bezahlen. Nun kam die Reize an den Bruder Schelmer; der sagte zum Schneider: Weißt du doch weißt, was fünf ist, so sag mir einmal: Wenn fünf Hühner auf einem Baum sitzen und der Jäger schießt einen herunter, wieviel bleiben? Keiner, antwortete der Schneider, denn die übrigen fliegen davon.

Der vierte fragte: Warum schädt man den Riß? Man antwortete: Wenn er Fiebern hätte, so würde man ihn rupfen. Der fünfte fragte: Welche Speise kann man nicht essen? Antwort: Die Wackelweise. Der sechste: Was ist das Beste am Salat? Antwort: Daß er sich diegen läßt, sonst könnte man ihn nicht ins Maul schieben. Der siebente fragte: Warum läuft der Hahn über den Berg? Antwort: Wenn der Berg unten ein Loch hätte, würde er durch das Loch laufen. Der achte: Wer steht mehr, der ein oder der zwei Augen hat? Antwort: Der nur ein Auge hat; denn dieser sieht an den anderen zwei Augen, der andere aber nur eines. Der neunte fragte: Welches ist der mittlere Buchstabe im ABC? Einer, nachdem er lange nachgedacht, antwortete: Das W. Nein, sagt der Schneider das W. Der neunte mußte bezahlen, wie die vorhergehenden. Der zehnte fragte: Wo sind die höchsten Berge? Man sagte: Wo die tiefsten Täler sind. Der elfte: Welche Kerze brennt länger, eine Wachskerze oder eine Leuchterkerze? Die Antwort war: Keine brennt länger, sondern beide kürzer.

Jetzt kam die Reize an den Schneider. Die Schelme

hatten das Ding insgeheim unter sich abgemacht, daß sie die Hühner unter sich wieder verteilen wollten, und drum haben sie sich lauter solche Mittel aufgegeben, die der gütige Vater und jedermann weiß, der das Haus oder Knechtchen von Obilo Schreger gelesen hat. Der Schneider, dachten sie, werde sein Mittel auch nicht weiter herholen, und wenn sie's erlernten, hätten sie doch einen Zwanziger gefischt, der in die Reize gehen sollte. Das Schneiderlein aber nahm, mit nichts dir nichts, die Büchse und steckte die Zwanziger ein. Jhr errotet es doch nicht, sagte er; und ich möchte nicht, daß ihr euch den Kopf zerbrecht. Die Gesellen aber lachten auf und verlangten das Geld heraus und das Mittel. Nun, weil ihr denn so wollt, sagte der Schneider. Was ist das: Das erste weiß ich allein, das zweite weißt ihr, aber ich nicht, das dritte ist sowohl mir als euch unbekannt. Die Burschen dachten ihn und her, aber keiner konnte es erraten.

Da stand endlich das Schneiderlein auf, trank aus und wollte mit dem Geld fortgehen. Jene sagten, sie wollten sich gefangen geben, aber er sollte ihnen das Mittel aufweisen. Der Schneider sagte, er wolle das tun, es koste aber noch einen Zwanziger, damit das Dupend voll wäre. Aus großer Neugierde willfahrten sie ihm. Da sagte der Schneider: Das meine Dofen zerreißen, das weiß ich, aber ihr nicht. Und damit wies er ihnen das Dintertell, und sie fanden es so, wie er gesagt. Dann nahm er den Hut ab und sagte, als ob er betteln wollte: Das andere weiß ich nicht, aber ihr; ob ihr mir nämlich wollet auch zu einem Paar neuen Dofen verschren. Die Gesellen mußten nun selbst lachen, sagten aber nein, und das dritte, sagte der Schneider, wissen wir alle nicht, ob denn ich auch auch dazu hätte, mein Meister sie mir umsonst wollet machen lassen. Und mit diesen Worten ging er, sich höflich verbeugend, zur Tür hinaus.